

Umlaufbeschluss der Europaministerkonferenz vom 3. Februar 2012

Situation der Europe Direct Informationszentren

1. Die Europaministerinnen, Europaminister und -senatoren halten die Europe Direct Informationszentren für ein wichtiges Element der Kommunikationspolitik der Europäischen Union. Der Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger in Angelegenheiten der europäischen Union steigt ständig an, und es besteht ein erhöhtes Bedürfnis, Entwicklungen und Maßnahmen mit Bezug zur Europäischen Union möglichst aktuell und breitenwirksam zu erklären. Der mit den Europe Direct verfolgte dezentrale Ansatz bietet die Möglichkeit, Europa in der Fläche zu vermitteln, auf regionale Besonderheiten einzugehen und aus diesen erwachsende spezifische Informationsbedürfnisse gezielt zu befriedigen.
2. Sie begrüßen daher ausdrücklich das Engagement der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Frau Viviane Reding, die sich für ein Fortbestehen der Europe Direct Informationszentren und gegen eine Kürzung der bisherigen Fördermittel ausgesprochen hat. .
3. Die Europaministerinnen, Europaminister und –senatoren weisen jedoch darauf hin, dass die von der Europäischen Kommission für Europe Direct zur Verfügung gestellten Fördermittel in aller Regel nur ein Viertel der tatsächlichen Kosten der Europe Direct Informationszentren abdecken.
4. Die Europaministerinnen, -minister und -senatoren verweisen auf das erhebliche finanzielle, personelle und administrative Engagement, das die deutschen Länder im Bereich der europäischen Öffentlichkeitsarbeit aufbringen.
5. Vor diesem Hintergrund nehmen sie mit Besorgnis zur Kenntnis, dass angesichts zunehmend angespannter Haushalte der in Deutschland meist kommunalen Träger das Fortbestehen der Europe Direct Informationszentren in der Fläche gefährdet ist. Da es sich bei der Informationsvermittlung im Hinblick auf EU-relevante Themen jedoch um eine partnerschaftliche Aufgabe handelt, bedarf es einer angemessenen EU-Förderquote, die dieser bedeutsamen Aufgabe gerecht wird. .
6. Die Europaministerinnen, Europaminister und –senatoren fordern die Europäische Kommission auf, die für Europe Direct zur Verfügung stehenden Gesamtmittel deutlich zu erhöhen und den Basisbetrag pro Europe Direct Informationszentrum zu verdoppeln (von derzeit € 12.000 auf € 24.000).
7. Gleichzeitig sollten – im Interesse einer Freisetzung von Kapazitäten für die Sacharbeit – die bürokratischen Anforderungen gesenkt werden. Hierzu wäre insbesondere das Modulsystem zur Bewirtschaftung bestimmter zweckgebundener Mittel zu vereinfachen.
8. Sie appellieren gleichzeitig an die Bundesregierung, in diesem Sinne auf die Europäische Kommission einzuwirken.